

(Abgeordneter Heldt.)

A) im Gehalt über die Gewerbeinspektoren hinaus. Die Oberräte beim Oberversicherungsamt sind in einer ganz anderen Gehaltsklasse als die Gewerbeinspektoren. Hält man denn die Tätigkeit eines Oberrates beim Oberversicherungsamte für viel wertvoller als die Tätigkeit eines Gewerbeinspektors? In dieser Beziehung besteht allerdings ein großer Mißstand, und die Regierung sollte nicht warten bis zum nächsten Etat, sondern sollte jetzt schon dafür sorgen, daß dieser Zustand geändert wird.

Im übrigen aber meine ich: Freie Bahn dem Tüchtigen! An einer Stelle in einer früheren Regierungserklärung findet man, daß die Staatsregierung den Regierungsassessoren zuredet, indem sie sagt: Es werden ja immer mehr Akademiker angestellt, dann wird sich das jetzt erheblich bestehende Mißverhältnis zwischen Akademikern und Nichtakademikern schon nach und nach ausgleichen. Wenn daraus gefolgert werden sollte, daß auch die Regierung die Absicht hat, nur Akademiker für die betreffenden Posten anzustellen, so müßten wir von unserer Seite allerschärfsten Widerspruch dagegen erheben.

Meine Herren! Der Bericht des Finanzausschusses sagt nun, daß die Berichterstattung der Gewerbeinspektoren dieses Mal unterblieben ist aus Papier- und Personalmangel. Als ich bei früheren Beratungen auf diesen Übelstand hingewiesen habe, hat man mir gesagt: Die B) Berichte werden deshalb nicht herausgegeben, weil anzunehmen ist, daß das feindliche Ausland daraus Kapital schlagen könnte gegen uns. Es haben nun England, Frankreich, Österreich ihre Berichte herausgegeben, und jetzt hat sich nachgerade gezeigt, daß das Ausland aus ganz anderen Blüten Honig saugt und nicht aus den Berichten der Gewerbeinspektoren. Die Berichte der Gewerbeinspektoren können also keineswegs dazu benutzt werden, um als Material für das feindliche Ausland zu dienen. Die Erfahrungen beweisen das Gegenteil. Die Reichsregierung hat wohl dann erst eingesehen, daß die Auffassung nicht mehr haltbar ist, und sie hat durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung erklären lassen, daß die Absicht besteht, die Gewerbeinspektionsberichte wieder erscheinen zu lassen. Ich habe ja nun schon darauf hingewiesen, daß die sächsischen Berichte bisher sehr lückenhaft gewesen sind, aber trotzdem bleibt das Nichterscheinen der Berichte sehr bedauerlich. Sie hätten uns doch gewisse Anhaltspunkte geboten für die Maßnahmen, die wir nach Friedensschluß oder nach Beendigung des Krieges treffen müssen. So haben wir eigentlich kein Material, das wir als Grundlage benutzen könnten für die Wiedereinführung des Arbeiterschutzes und der sonstigen sozialen Einrichtungen nach dem Kriege.

Das Fehlen der Berichte ist besonders bedauerlich,

insoweit die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Frage kommt. Wir müssen jetzt damit rechnen, daß im Deutschen Reich mehr denn eine Million Arbeiterinnen neu beschäftigt werden; in den Krankenkassen sind es wohl über 600 000 Neuversicherte, wir können also rund rechnen, daß eine Million hinzugekommen sind, die früher einen Beruf nicht ausgeübt haben.

Da fragt es sich nun: Wie wird es möglich sein, einen Teil dieser jetzt beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte nach dem Kriege wieder auszuschalten? Es stehen manche auf dem Standpunkte, daß das automatisch geschieht, daß jeder zurückkehrende Krieger, der wieder in eine Arbeitsstelle tritt, auch automatisch eine weibliche Arbeitskraft ausschaltet. Ich kann diese Auffassung nicht teilen, weil die Wiederausrichtung der weiblichen Arbeitskräfte von ganz anderen Faktoren abhängig ist.

Außerdem ist bei dieser Gelegenheit dann noch eine Unterfrage zu stellen. Aus welchen Berufen und von welcher Arbeitstätigkeit müssen wir die weiblichen Arbeitskräfte sofort entfernen, weil ein weiteres Verbleiben in diesem Berufe oder in der Arbeitstätigkeit eine Gefahr für die gesamte Nation bedeuten würde? Meine Herren! Wir wissen durch die ärztlichen Berichte, daß eine Zunahme aller Erkrankungen zu verzeichnen ist, und zwar bei den Arbeiterinnen besonders Erkrankungen der Unterleibsorgane, und daß natürlich zu befürchten ist, daß diesen Zuständen die Unfruchtbarkeit folgt. Vom Standpunkte einer gesunden Bevölkerungspolitik ist das natürlich eine außerordentlich große Gefahr, und es müßte diesen Erscheinungen die allergrößte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Hätten wir einen Landesgewerbearzt, der fortlaufend Beobachtungen hätte anstellen können, dann wären wir in der Lage, auf Grund des von ihm gesammelten Materials und der gesammelten Erfahrungen bestimmt sagen zu können, aus welcher Beschäftigung die Frauen sofort entfernt werden müssen, weil das allein schon im Interesse der Bevölkerungspolitik unbedingt gelegen ist. Da aber der Landesgewerbearzt fehlt, fehlen auch die Unterlagen, und wir wissen nicht, wo wir angreifen sollen. Wir wissen wohl, daß die Arbeit in den Gießereien für die Frau viel zu schwer ist. Aber, meine Herren, es gibt auch einige ganz leichte Berufe, ich verweise z. B. auf die Buchbindereien, wo man gemeinhin annimmt, daß die Frau ohne weiteres beschäftigt werden kann. Auch da gibt es Arbeiten, ich erinnere an die Bedienung der schweren Stanz-, Preß- und Schneidemaschinen, wo die weiblichen Arbeitskräfte unbedingt entfernt werden müssen; ihr Verbleiben an diesen Maschinen wäre eine große Gefahr für die Gesundheit. Will man Gegenmaßnahmen treffen, so ist es unbedingt not-